

Wunsch und Wirklichkeit – Gedanken zur Utopie einer friedlichen Welt

Wer sollte sich nicht wünschen: keine Kriege mehr auf der Welt, kein Töten, kein Leid und Schmerz durch kriegerischen Auseinandersetzungen. Wir haben uns damit abgefunden: eine friedliche Welt ist eine Utopie. Der brutale Angriffskrieg in Europa konfrontiert uns mit Unfassbarem, zeigt unsere Grenzen, fordert uns heraus. Die SPD AG 60 plus greift Fragen auf in ihrer Veranstaltung „Der grausame Ukraine-Konflikt-kein Frieden in Sicht?“ mit **Prof. Dr. em. Wolfgang Däubler** (<https://mehr-diplomatie-wagen.de>), Silke Ortwein (DGB) und Alfred Huber (Heilbronner Friedensrat). Positionen: W. Däubler bleibt bei der Formulierung Angriffskrieg, kritisiert allerdings die Umzingelungsstrategie durch die Aufnahme früherer Sowjetstaaten in die NATO. Däubler macht sich stark für eine diplomatische Lösung, mit immer mehr Waffen würden die Eskalationsstufen zunehmen. Notwendig sei zuvorderst eine Waffenruhe zu erreichen und vielleicht eine Demarkationslinie wie im Korea-Krieg, um dann zu weiteren Sicherheitsvereinbarungen zu kommen. Man dürfe sich nicht versteifen, dass die Ukraine siegen müsse; es reiche, wenn sie nicht verliere.

Silke Ortwein fordert den Vorrang humanitärer Leistungen vor Waffenlieferungen, allerdings könne sie einem totalen Waffen-Lieferstopp nicht zustimmen, das Recht zur Selbstverteidigung der Ukraine sei ein ganz wichtiges Argument. Ihr Weg zum Frieden: die andere – weibliche – Hälfte der Bevölkerung mit dem Bewusstsein für den Frieden zu gewinnen. Sie verweist auch auf die dezidierte Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September mit der Mahnung „Die Welt braucht Frieden!“ Für Ortwein stellte sich aber auch die Frage, wie Deutschland die Lasten einer dauernden Unterstützung der Ukraine und eines Wiederaufbaus tragen könne. Allein das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für das Militär und das Zwei-Prozent-Ziel unserer Wirtschaftsleistung für Rüstung gehe zu Lasten der Allgemeinheit und wäre besser einsetzbar für drängende Probleme zugunsten von Umwelt- und Klimaschutz sowie Versäumnissen in der Infrastruktur, im Gesundheits- und Bildungswesen und überhaupt für soziale Aufgaben. Zuvor hatte schon Däubler darauf hingewiesen, dass mit dem Wegfall des günstigen Pipeline-Gases aus Russland die Energiekosten für die deutsche Industrie um ein Vielfaches höher liegen als in den USA, was zu Betriebsverlagerungen zum Nachteil des Wirtschaftssandorts Deutschland führe.

Alfred Huber blickt auf 40 Jahre Heilbronner Friedensrat, erinnert an das Bedrohungspotential der amerikanischen Pershing-Raketen auf der Waldheide. Seine Position: Nein zu Rüstung und Krieg und der Glaube an einen vernünftigen Frieden. Huber wird auch bei dem Antikriegstag Heilbronn vor der Ehrenhalle am Rathaus am 1. September sprechen: „Hiroshima mahnt: Atomwaffen abschaffen!“

Die anschließende Diskussionsrunde spiegelt das Dilemma. In der deutschen Politik und der veröffentlichten Meinung sei die einheitliche Tendenz erkennbar, die Ukraine so lange wie nötig zu unterstützen, Aufrufe von friedensorientierten Gruppierungen aus der Bevölkerung würden ignoriert. Es sei bezeichnend, dass Bemühungen um eine Friedenslösung verstärkt von Ländern außerhalb der NATO initiiert würden; denn gerade sie hätten unter dem Ukraine-Konflikt auch wirtschaftlich zu leiden. Es sei zu beobachten, wie in Deutschland ehemalige Friedensfreunde in Parteien und Öffentlichkeit in radikale Kriegsrhetorik verfallen seien und einer vermeintlich regelbasierten Wertegemeinschaft das Wort redeten. – Die Fragen bleiben wie auch die Herausforderungen und unser aller Wunsch nach Frieden.

Heidi Scharf-Giegling
Pressesprecherin der Fleiner SPD